

In Kürze

Ersatzwahlen: Nach Rücktritten neu im Rat sind Joël Philipp (Mitte, Rothenthurm), Lukas Kauflin (SVP, Einsiedeln), Philipp Ryser (SP, Schwyz) und Herbert Süess (Mitte, Goldau).

Datenschutz: In geheimer Wahl wird lic. iur. Yvonne Scheiwiller, Steinen, mit 89 Stimmen als neue Stv. Beauftragte für Öffentlichkeit und Datenschutz gewählt.

Gefängnis: Der Rat stimmt dem erweiterten Ausbau des Kantonsgefängnisses in Biberbrugg für 10,6 Mio. Franken mit 84 zu 8 Stimmen zu.

Wägital: Der Rat heisst die Sanierung des Strassenabschnitts Rempfen für 12,2 Mio. Franken mit 92 zu 0 Stimmen gut.

Hunde: Der Rat heisst das totalrevidierte Hundegesetz, wie vom Regierungsrat vorgelegt, mit 83 zu 8 Stimmen gut.

Gersau: Der Rat stimmt mit 85 zu 4 Stimmen für die Ausgabenerhöhung um 6,2 Mio. für den Ausbau der Hauptstrasse bei Gersau, für die somit insgesamt 37,18 Mio. Franken bewilligt sind.

Wohnungsnot: Der Rat lehnt mit 72 zu 20 Stimmen ein Postulat ab, das die Prüfung forderte, ob dem Rat eine Vorlage zu unterbreiten oder andere Massnahmen gegen die explodierenden Mieten zu treffen seien.

Forensic Nurse: Der Rat stimmt mit 46 zu 43 Stimmen für ein Postulat, mit dem die Regierung aufzeigen soll, wie Opfern von häuslicher oder sexueller Gewalt eine vertrauliche Spurensicherung ausserhalb eines Strafverfahrens ermöglicht werden kann.

Im Weiteren werden noch mehrere Postulate und Interpellationen erledigt.

Und es sagte ...

«Wenn Sie fest krank sind, klar, dann muss man die Krankheit an sich bekämpfen, aber die Symptome doch sicher auch.»
Ruth von Euw (GLP, Schwyz) in Richtung SVP-Minderheit, die den Gefängnisausbau in Biberbrugg ablehnt, weil viele Insassen Ausländer sind.

«Wenn die Leute nicht hier sind, dann gibt's auch kein Fieber.»
Marco Steiner (SVP, Steinen) erklärt die SVP-Minderheitslogik (siehe oben).

«Kurzer Rede langer Sinn.»
Ralf Schmid (SVP, Schönbühlbach) erklärte die Sinnhaftigkeit der Sanierung der Wägitalstrasse.

«Wir sind ein super Team, wir haben einen absolut tollen Regierungsrat in diesem Departement.»
Baudirektor André Rüegsegger über sich selbst und sein Team, um Stellenbewerber für die Vakanzen in den Bauprojektleitungen anzulocken.

«Es geht nicht nur um die Vierbeiner, sondern auch um die Menschen, die weniger Sympathie für diese Tiere haben oder gar Angst.»
Irene Huwyler (Mitte, Rickenbach) erklärt Sinn und Zweck des revidierten Hundegesetzes.

«Pubertät offenbar auch bei Hunden eine schwierige Phase»

Der Kantonsrat nimmt am Ende mit deutlicher Mehrheit die Revision des Gesetzes über das Halten von Hunden an. Einzig die Freilaufzonen und die Frist für den Hundeerziehungskurs geben Anlass zur Diskussion.

Rafael Muñoz

Das Hundegesetz des Kantons Schwyz wird überarbeitet. Der Kantonsrat stimmte mit 83 zu 8 Stimmen der Vorlage des Regierungsrats zur Anpassung des Gesetzes über das Halten von Hunden zu. Neu wird es einen obligatorischen Hundeerziehungskurs geben. Dafür verzichtet der Kanton auf Rassenverbote. Die allgemeine Leinenpflicht bleibt bestehen, jedoch gibt es erweiterte Ausnahmen, zum Beispiel für Polizei- oder Blindenhunde. Die Hundesteuer soll vereinfacht und in die Kompetenz der Gemeinden fallen. Weiter sollen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, in einem vereinfachten Verfahren Freilaufzonen auszuscheiden, wobei dies eine Kann-Bestimmung ist.

Kurse «so früh wie möglich»

Die vorgeschlagenen Änderungen wurden im Grundsatz von allen Parteien begrüsst. Uneinigkeiten gab es über die Freilaufzonen, die Dauer der Frist bis zu einem obligatorischen Hundekurs sowie zum Vorschlag, die Gemeinden über die Hundesteuer entscheiden zu lassen. In einem ersten Antrag schlug Rita Marty (Parteilos, Altendorf) vor, die vorgesehene 18-monatige Frist auf



Der Kanton Schwyz führt obligatorische Hundekurse und Freilaufzonen ein. Bild: Keystone

12 Monate zu verkürzen. Der obligatorische Kurs sei zwar aus ihrer Sicht «zentral», doch er solle «so früh wie möglich» erfolgen. Demgegenüber stehe die Meinung der Experten, argumentierten der zuständige Regierungsrat Damian Meier sowie Irene Huwyler Gwerder (Mitte, Rickenbach) von der Kommission Gesundheit und soziale Sicherheit. «Die Pubertät ist offenbar auch bei Hunden eine schwierige Phase», so Huwyler, weswegen der Kurs aus Sicht der Spezialisten

möglicherweise zu früh komme. Damian Meier warb für die längere Frist, um «Druck aus dem System» zu nehmen. Die Gemeinden sollten mehr Zeit erhalten, um die Kurse zu managen. Der Antrag wurde mit 54 zu 38 Stimmen abgelehnt.

Direkte Demokratie verteidigen

Ebenfalls scheiterten die Anträge, den Paragraphen 6 zur Hundesteuer sowie den Paragraphen 9 zu den Freilaufzonen zu ändern oder zu streichen. Die SVP

lehne es ab, dass der Gemeinderat über die Steuer entscheiden dürfe, sagte Bruno Felder (SVP, Rothenthurm). Es ginge hier um einen Grundsatz der direkten Demokratie. Eine Mehrheit von 58 zu 34 hielt dies angesichts der geringen Höhe der Beträge jedoch für verhältnismässig.

Freilaufzonen: Stress oder Segen?

Diskussionen erregte, dass die Gemeinden Freilaufzonen einrichten dürfen sollen. Cornel Züger (SVP, Innerthal) forderte die komplette Streichung, weil derartige Freilaufzonen «sehr umstritten seien wegen Mobbing, Stress und Lärm». Ein weiteres Argument brachte stellvertretend Rupert Suter (SVP, Stoos) vor: die Befürchtung, dass die Einrichtung von Freilaufzonen auf Kosten des Kulturlands erfolgen könne. Demgegenüber schätzte sein Parteikollege Daniel Burger (SVP, Altendorf) die Freilaufzonen als «Kompensation für die Leinenpflicht». Damian Meier und Irene Huwyler betonten erneut, dass es sich um eine Kann-Bestimmung handle und dass die Freilaufzonen ein Entgegenkommen und eine Entschärfung der Leinenpflicht darstellten. Letztlich lehnte der Rat auch diesen Antrag mit 65 zu 26 Voten ab und nahm in der Schlussabstimmung das neue Hundegesetz an.

Ausbau ohne zu «schmürzelen»

Der Rat nahm die Erweiterung des Kantonsgefängnisses im Sicherheitsstützpunkt Biberbrugg mit zusätzlichen Zellen klar und deutlich an.

Eugen von Arb

Der Präsident der kantonalen Planungs- und Baukommission Willy Kälin (FDP, Pfäffikon) erläuterte zunächst, wie das Erweiterungsprojekt für den Sicherheitsstützpunkt Biberbrugg zustande kam: Während in einer ersten Variante lediglich zehn Zellen für 8,3 Mio Fr. hinzugefügt werden sollten, habe man sich später für eine Lösung mit 15 Zellen für 10,6 Mio Fr. entschieden, so Kälin und listete sogleich die Vorteile auf: Für nur 28 % mehr Kosten erhalte man 50 % mehr Zellen sowie Multifunktionsräume und einen

Spazierhof. Zudem zahle der Bund einen Beitrag von rund 1,5 Mio. Franken. In Biberbrugg könnten künftig Haftzeiten bis zu anderthalb Jahren verbüsst werden, und es wären weniger teure ausserkantonale Unterbringungen nötig. Die 29 bisherigen Zellen seien stark ausgelastet, und für eine zeitgemässe Unterbringung und eine zweckmässige Trennung der Insassen sei die Erweiterung nötig. Fast alle Fraktionen zeigten sich einverstanden. Bernhard Reichmuth (Mitte, Ibach) votierte für eine maximale Lösung, statt zu «schmürzelen». Nur die SVP trotzte. Zwar bestätigte Thomas von Euw

(SVP, Ingenbohl), dass die Sicherheit gewährleistet werden müsse. Trotzdem werde ein Teil der Fraktion dagegen stimmen, weil die neuen Gefängniszellen nur Symptombekämpfung und Folge der verfehlten Migrationspolitik in Bern seien. Er könne nicht nachvollziehen, wie man mittels Gefängniszellen die Zuwanderung steuern wolle, meinte Sepp Marty (FDP, Unteriberg). Er bekam Rückhalt von Mattias Kessler (Mitte, Brunnen), der als Strafverteidiger die engen Platzverhältnisse im Gefängnis kennt und dringend für die Erweiterung warb. Der Rat sagte mit 84 zu 8 Stimmen Ja.

Dringend gesucht! Lösung für Wohnungsnot

Explodierende Mietpreise und Wohnungsnot im Kanton sind breit anerkannt. Nur eine Ratsminderheit will indes, dass die Regierung Massnahmen prüft.

Die Mietpreisentwicklung im Kanton Schwyz ist in den vergangenen Jahren schweizweit fast einmalig. Allein im letzten Jahr sind die Preise um rund 10 Prozent gestiegen. Ein Grund dafür ist das knappe Angebot. Die Leerwohnungsziffer liegt bei 0,52 %, was allgemein als «Wohnungsnot» gewertet wird. Mittels Postulat forderten Jonathan Prelicz (SP, Goldau) und Mitunterzeichner die Regierung auf, mögliche Massnahmen zu prüfen und allenfalls dem Rat eine Vorlage vorzulegen, damit die Mietenexplosion gestoppt werden könne. Es sei dringend, dass etwas gegen den «Mietwahnsinn» unternommen werde, «wir können nicht mehr warten», so Prelicz. Unterstützung gab's von Seiten der GLP-Fraktion.

Die anderen Parteien sehen keinen Handlungsbedarf für die Regierung beziehungsweise beim Kanton. Man erkenne das Problem, wie es auch die Regierung tue. Lukas-Fritz Hüppin (SVP, Wangen) bezeichnete die Postulatsforderungen als «kommunistisch». Ein Grund für den verknappten Wohnungsmarkt sei das Bevölkerungswachstum, insbesondere das ausländische. Es müsse mehr gebaut werden, aber auch den Zustrom gelte es zu regulieren. Reto Keller (FDP, Trachslau) sagte, «die Notlage ist real». Mit dem Postulat schaffe man aber keine einzige neue zusätzliche Wohnung. Die Gemeinden hätten Mittel in der Hand, um das Feld für mehr Wohnungen zu bereiten. Mehr staatliche Lenkung sei nicht

nötig, «sondern mehr Freiheit beim Bauen». Volkswirtschaftsdirektorin Petra Steimen argumentierte desgleichen. Es sei eine sinnvolle Innenverdichtung anzustreben, was gesetzlich schon möglich sei. Auch bei der Zonenplanung seien Optionen vorhanden, um günstigen Wohnungsbau zu fördern beziehungsweise einzufordern. Postulant Prelicz dankte noch in Richtung SVP für die transparente Erklärung. Das zeige: «Sie wollen keine Lösungen, sie wollen das Problem herumschieben.» Und direkt zum Votanten Hüppin erklärte er: «Ich bin der Meinung, besser eine sozialistische Lösung haben, als gar keine.» Der Rat erklärte das Postulat jedoch mit 72 zu 20 Stimmen für nicht erheblich, wie von der Regierung beantragt. (mri)

Wägitalstrasse wird saniert

Der Kantonsrat hat gestern mit 92 zu 0 Stimmen die Ausgabenbewilligung für die Sanierung und den Ausbau der Wägitalstrasse beim Abschnitt Rempfen gesprochen. «Die Wägitalstrasse ist keine Luxusstrasse», sagte Reto Keller (FDP, Trachslau) von der Kommission Bauten, Strassen und Anlagen bezugnehmend auf die «auf den ersten Blick» hohen Kosten von 12,2 Mio. Franken. Mit diesem Projekt «beseitigen wir ein strukturelles Problem und sichern den langfristigen Werterhalt». Alle Fraktionen sprachen sich einstimmig für die Realisierung aus. Sabrina Kessler-Schnyder (SVP, Vorderthal) und Cornel Züger (SVP, Innerthal) warben erfolgreich um Unterstützung für die «wichtigste Verbindung für die Einwohnenden des ganzen Wägitals». (rm)

NFA: «Sich besser nicht rühren»

Der Kantonsrat hat sich gestern ganz knapp gegen eine Standesinitiative zur Anpassung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ausgesprochen. Cornel Betschart (Mitte, Muotathal) und Mitunterzeichner aus FDP, Mitte und SVP wollten mit der Initiative Mängel bei der Berechnung des Ressourcenausgleichs für den Kanton ausräumen. Die Regierung und die Gegnerinnen und Gegner im Kantonsrat beurteilten das Anliegen angesichts des geringen Nutzens als «viel zu aufwendig», wie Bianca Bamert (SP/Grüne, Freienbach) sagte. Die Regierung befürchtete zudem, mit einer Anregung zur Anpassung des NFA könnte der Kanton weitere Änderungen anstossen, die nicht in seinem Sinne sind, so Finanzdirektor Herbert Huwiler. Das Postulat wurde am Ende mit 45 zu 44 Stimmen für nicht erheblich erklärt, wie von der Regierung beantragt. (mri)